

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 104 (2010)  
**Heft:** 11  
  
**Rubrik:** In dürftiger Zeit

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Abstimmen heisst absteigen

Laut Umfrage werden die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen Ende November die Ausschaffungsinitiative annehmen. Eine Drohung, die nicht nur erschreckt, sondern dazu einlädt, den Zustand unserer Demokratie schonungslos zu betrachten.

Vergessen wir nicht: Eine Annahme einer solchen Initiative bedeutet, dass der SVP-WählerInnenanteil im Minimum verdoppelt würde. Nicht nur Leute der bürgerlichen Mitte, sondern auch traditionelle oder tendenzielle SP-WählerInnen stimmen Ja zu dieser menschenrechtsfeindlichen Initiative. Es ist an der Zeit, die gängige Erklärung von der Verwirrung der StimmbürgerInnen durch die SVP-Propaganda- und Lügenmaschinerie zu ergänzen mit allgemeinen anthropologischen und staatsrechtlichen Überlegungen.

Nehmen wir als Beispiel die oft gemachte Aussage, dass die Grenzen zwischen links und rechts heute fließend seien. Gut gemeint und auch nicht ganz falsch, haben solche Behauptungen einen Analysewert von null. Sie erklären die grundlegende anthropologische Tatsache nicht, dass der menschliche und also auch der gesellschaftliche Normalzustand nicht die allgemeine Beachtung der Menschenrechte oder des Völkerrechts ist – dass also für Menschen- und Völkerrechte das Wort Errungenschaft noch sehr untertrieben ist und sie immer wieder neu von einer kollektiven Organisationsstruktur erkämpft werden müssten.

Nicht einmal so etwas Banales wie die Grenzen zwischen links und rechts sind je eine Sache der Leute selber gewesen. Diese Grenze war vielmehr immer nur eine, die mühsam über eine von Eliten gehütete Theorie oder Parteidisziplin aufrechterhalten worden ist. Dass zum Beispiel der Kommunist kein Sexist und Rassist zu sein hat, entsprach auch früher nur selten den Wünschen des einfachen Proleten, sondern war eine Fortschrittsverordnung, ein notwendiges Übel, dass man auf dem Weg zur Herrschaft des Proletariats in Kauf nahm. Schon immer war es die Aufgabe aller Organisationsformen von Kollektiven, die archaischen Instinkte wie Mordlust, Sozialneid und Sippenhaftung zu zähmen, zu bearbeiten und durch Ersatzbefriedigungen zur Aufgabe zu zwingen. Auch der Widerstand der adligen Offiziere um Graf Stauffenberg gegen Hitler

entzündete sich zuallererst an den Elementen der Mobherrschaft im NS-Staat – und nicht am Krieg, den sie erst ablehnten, als er nicht mehr zu gewinnen war. Die nur von den allerschlimmsten Regimen dauerhaft gebrochene zivilisatorische Regel, dass die Gesetze zum Schutz der Bevölkerung fortschrittlicher sein sollen als diese selbst und die Rhetorik sowie das Verhalten der politischen Klasse vernünftiger, ist seit einigen Jahren in den stabilsten Demokratien Europas aufgeweicht.

Nebst Berlusconi-Italien und Haider/Strache-Österreich tut sich seit der Minarett- und vor allem seit der Verwahrungsinitiative insbesondere die Schweiz darin hervor, die Errungenschaften in Sachen kollektiven Triebverzichts Stück um Stück aufzugeben. Unter den Gründen dafür ist der schlechte Zustand des Monotheismus, dieses alten europäischen Kampfplatzes für ein gewisses kollektives moralisches Niveau, nicht der geringste. Nicht zu unterschätzen ist aber auch, das seit 1989 erfolgreich propagierte Ideologieverbot, das den Menschen die für ihre Würde lebenswichtige Möglichkeit nimmt, ihr Leben unter eine etwas grössere Idee als ihre eigene Meinung zu stellen. Und so wird Vorlage um Vorlage von den orientierungslosen und von Abstiegsängsten heimgesuchten BürgerInnen entschieden, indem die eigene Meinung als ein Akt subjektiver Selbstbehauptung inszeniert wird. Mächtig ist, wer solche Vorlagen vorlegt.

Am Ende dieses über Volksabstimmungen legitimierten kulturellen Abstiegsprozesses, das noch nicht absehbar ist, stünde eine Verfassung, die ihr Versprechen, die harten kapitalistischen Verhältnisse wenigstens durch so etwas wie Grundrechte und Rechtsgleichheit zu veredeln, nicht mehr einlösen könnte. Mit allen Folgen gesellschaftlicher Diffusion, die wir bereits kennen.

Und falls, wie eine weitere Umfrage suggeriert, es auch ein Ja zur Steuergerechtigkeitsinitiative geben würde, dann wäre die Freude mindestens durch die Tatsache getrübt, dass die Schnittmenge jener Leute, die ein Doppelja eingelegt haben, ziemlich gross sein dürfte.

*Rolf Bossart*